

Aus Bund und Ländern

Selbständiges Wohnen im Alter

MÜNCHEN. Eine „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungsanpassung“ hat sich in Köln gegründet. Der vollständige Vereinsname ist zugleich Programm: Er lautet „Verein zur Förderung selbständigen Wohnens älterer und behinderter Menschen“. Seine Initiatoren sind Mitarbeiter von Wohnberatungsstellen für ältere Menschen. Zu den Gründungsmitgliedern zählen aber auch die Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen und das Wissenschaftszentrum München. Dessen Mitarbeiter Uwe Reeb von der dortigen Beratungsstelle Altengerechtes Wohnen ist zugleich 1. Vorsitzender und Ansprechpartner. Seine Anschrift lautet: Korbinianplatz 15 a, 80807 München, Tel 0 89/3 51 68 87. th

Neuregelungen für medizinische Fachberufe in Kraft

BONN. Das Diätassistenten-, das Masseur- und das Physiotherapeutengesetz sind im Juni in Kraft getreten. Damit seien auch die Ausbildungsneuordnungen für medizinische Fachberufe abgeschlossen, die durch den Einigungsvertrag erforderlich wurden, verlautete aus dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG). Das Diätassistenten-, das Masseur- und das Physiotherapeutengesetz trügen zu einer seit Jahrzehnten anhängigen Modernisierung der Ausbildungen sowie zur Anpassung an die Entwicklungen in der Medizin bei. Zugleich erfüllten die Ausbildungen zum Diätassistenten und Physiotherapeuten aufgrund ihrer dreijährigen Dauer die Voraussetzungen für eine unmittelbare Anerkennung der Berufe in der Europäischen Union und den EFTA-Staaten. Masseure und medizini-

sche Bademeister müßten in einigen Mitgliedstaaten lediglich mit einem Anerkennungslehrgang oder einer Ergänzungsprüfung rechnen, so das BMG.

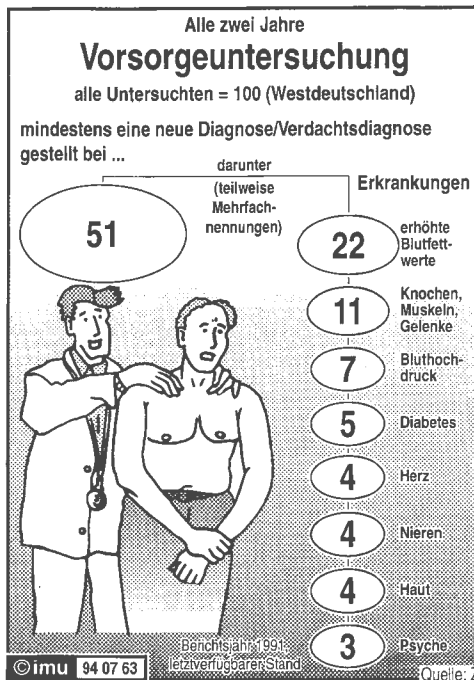
Mit den Regelungen für Diätassistenten, Masseure und Physiotherapeuten soll das hohe fachliche Ansehen, das die deutschen medizinischen Fachberufe allgemein innerhalb der Europäischen Union genossen, auch künftig gesichert werden, betonte das Ministerium. EB

Wohlfahrtsverbände: Fast eine Million Mitarbeiter

BONN. Die freie Wohlfahrtspflege beschäftigt in Deutschland mehr als 937 000 hauptamtliche Kräfte in fast 81 000 Einrichtungen. Ehrenamtlich kommen 1,5 Millionen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hinzu. Zur freien Wohlfahrtspflege gehören Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Rotes Kreuz, Diakonisches Werk und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden.

Ein Drittel ihrer Einrichtungen umfaßt die Jugendhilfe und stellt damit rund 69 Prozent aller Institutionen für Jugendhilfe in Deutschland. Alten- und Behindertenheime werden zu knapp 55 Prozent in frei gemeinnütziger Trägerschaft geführt.

Seit der Erhebung im Jahr 1990 nahm in Westdeutschland sowohl die Zahl der Einrichtungen und Plätze als auch die der Beschäftigten zu. Rückläufig waren lediglich die Betten- und Platzzahlen in der Familienhilfe (minus 14 Prozent) und bei den Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten (minus 17,6 Prozent). Nicht berücksichtigt sind in der Erhebung die den Wohlfahrtsverbänden bundesweit angeschlossenen rund 26 000 Selbsthilfe- und Helfergruppen sowie Freizeitangebote für ältere Menschen und Jugendaustauschprogramme. dpa



Krankenversicherer, die älter als 35 Jahre sind, haben alle zwei Jahre Anspruch auf eine ärztliche Gesundheitsuntersuchung zur Früherkennung von Krankheiten. Die jüngste Auswertung des Gesundheits-Check-up, die sich auf das Jahr 1991 bezieht, zeigt, daß nur etwa 20 Prozent der Berechtigten die Vorsorgeuntersuchung tatsächlich auch in Anspruch nehmen.

Ausland

Gesundheitspolitischen Dialog institutionalisieren

BRÜSSEL. Die Forderung der deutschen Ärzteschaft nach der Institutionalisierung eines ständigen Dialoges zwischen Vertretern der Ärzteschaft und der Europäischen Union wurde anläßlich einer Gesprächsrunde zwischen den Betroffenen in Brüssel positiv aufgenommen. An dem Zusammentreffen nahmen seitens der Union unter anderem Padraig Flynn, EU-Kommissar für Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten, Kenneth Collins, MdEP und Vorsitzender des EP-Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz, sowie Dr. Susanne Tiemann, Präsidentin des Wirtschafts- und Sozialausschusses, teil. Die Ärzteschaft war durch den Präsidenten der Bundesärztekammer, Dr. Karsten Vilmar, den Ersten Vorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Winfried Schorre, sowie den Vizepräsidenten des Ständigen Ausschusses der Europä-

schen Ärzte, Prof. Dr. Manuel Machado Macedo, vertreten. Die Gesprächspartner waren sich darüber einig, daß für eine Harmonisierung der in den Mitgliedstaaten gewachsenen Gesundheitssysteme weder ein Bedürfnis noch eine Rechtsgrundlage bestehe. Nach Ansicht der ärztlichen Vertreter sollte eine Annäherung im Sinne der auf Unionsebene geförderten Konvergenzpolitik erfolgen. Sp

Basel: Abgabe harter Drogen unter ärztlicher Aufsicht

BASEL. In Basel können künftig versuchsweise harte Drogen unter ärztlicher Aufsicht an Süchtige abgegeben werden. In einem Volkstentscheid votierten 65,6 Prozent der Stimmberechtigten dafür, unentgeltlich Heroin, Morphin oder Methadon an die etwa 150 registrierten Drogenabhängigen der Stadt abzugeben. Die Kosten von rund sechs Millionen Schweizer Franken (7,1 Millionen DM) sollen zu etwa gleichen Teilen vom Kanton, vom Bund und von den Krankenkassen getragen werden. afp